



Niederschrift

über die Sitzung

des Sozialausschusses

am 09.03.2022

Anwesend

- Vorsitz

Lensch, Eckart, Dr.

- Mitglieder

Avemarie-Scharmann, Tim in Vertretung für Francesca Beyer

Boos-Waidosch, Marita in Vertretung für Christine Eckert

Bub, Kerstin

Jaensch, Ruth

Kubica, Ellen

Lange, Karsten

Lauzi, Myriam

Lüttig, Konrad

Neher, Daiana in Vertretung für Kamil Ivecen

Orellana, Tupac

Reinbold, Markus, Dr. in Vertretung für Uta Schmitt

Schneiß, Jana

Siebner, Claudia

Sieling, Karsten

- beratende Mitglieder

Carstensen, Jens

Engelberty, Klaus

Klotzki, Ulla in Vertretung für Kerstin Diefenbach

Kurz, Michael

Quick, Bernd

Schnörr, Wolfgang in Vertretung für Diana Rizkalla

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Beyer, Francesca

Eckert, Christine

Ivecen, Kamil

Schmitt, Uta

- beratende Mitglieder

Diefenbach, Kerstin

Rizkalla, Diana

- Schriftführung

May, Annika

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Aktueller Sachstandsbericht zur sozialraumorientierten Seniorenarbeit
2. Bericht zum Förderprogramm "Bildungskommune" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
3. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahrens in der Eingliederungshilfe
4. Aktueller Sachstandsbericht Impfzentrum und mobile Impfaktionen
5. Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
6. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 09.11.2021
7. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht. Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 Aktueller Sachstandsbericht zur sozialraumorientierten Seniorenarbeit

Frau Groll aus dem Arbeitsbereich Sozialplanung stellt den aktuellen Sachstand zur sozialraumorientierten Seniorenarbeit vor. Die Handlungsempfehlung des Handlungskonzeptes zielt darauf ab, den Sozialraum bzw. den Stadtteil so zu gestalten, dass Menschen auch mit Unterstützungsbedarf solange wie möglich selbstbestimmt unter Erhalt größtmöglicher Zufriedenheit und Lebensqualität in ihrem Wohnumfeld bleiben können. Bei dem Beteiligungsprozess sind verschiedene Akteure eingebunden.

Im Anschluss werden Fragen seitens der Ausschussmitglieder durch Frau Groll beantwortet.

Punkt 2 Bericht zum Förderprogramm "Bildungskommune" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Herr Cartus vom Arbeitsbereich Jugendhilfeplanung berichtet über das Förderprogramm „Bildungskommune“. Durch das Förderprogramm sollen Bürger:innen bestmögliche Zugänge zu attraktiven, vielfältigen und wohnortnahen Angeboten des lebensbegleitenden Lernens ermöglicht werden. Eine datenbasierte Steuerung, eine bereichsübergreifende Koordinierung von Bildungsthemen innerhalb der Kommunalverwaltung und die zusätzliche Einbindung zivilgesellschaftlicher Bildungsakteure helfen dabei, Bürger:innen in allen Lebensphasen passende Bildungsangebote zu machen und bildungspolitische Herausforderungen vor Ort gezielt zu bearbeiten.

Mit einem „Datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement“ (DKBM) können Bildungschancen für alle Menschen verbessert werden. In Krisenzeiten kann so zudem eine höhere Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems erreicht werden, da das DKBM eine belastbare Grundlage schafft, auf der die Kommune angemessen und gezielt auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren kann.

Das Förderprogramm will die Möglichkeit der Digitalisierung für eine umfassende (analog-digitale) Vernetzung kommunaler Bildungslandschaften systematisch nutzen. Ziel sind Transparenz und Zugänglichkeit von Bildungsangeboten und ein koordiniertes Zusammenwirken aller Bildungsakteure entlang der gesamten Bildungskette und in allen Bildungsbereichen, so dass alle Einwohner:innen in jeder Lebensphase die Bildungsangebote nutzen können, die sie zur Realisierung ihrer individuellen Bildungsziele benötigen.

Fragen seitens der Ausschussmitglieder werden durch Herrn Cartus beantwortet.

Die PowerPoint-Präsentation wird den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift beigefügt.

Punkt 3 **Sachstandsbericht zur Umsetzung des Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahrens in der Eingliederungshilfe**

Herr Keuser, Teamleiter des Fachdienstes Eingliederungshilfe im Amt für soziale Leistungen, stellt Aufgaben und Leistungen der Eingliederungshilfe vor. Der Fachdienst setzt die Aufgabenstellung nach § 1 SGB IX in Form von Beratungen und Leistungsgewährungen um. Bei den Leistungsberechtigten handelt es sich um Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit einer geistigen und/oder körperlichen Beeinträchtigung bzw. um psychisch erkrankte Erwachsene. In § 117 SGB IX ist vorgeschrieben, wie das Gesamtplanverfahren durchzuführen ist. Ziel der Eingliederungshilfe ist es, die Behinderung der betroffenen Personen zu reduzieren oder aufzulösen.

Im Anschluss werden Fragen seitens der Ausschussmitglieder durch Herrn Keuser beantwortet.

Punkt 4 **Aktueller Sachstandsbericht Impfzentrum und mobile Impfaktionen**

Das Impfzentrum wurde im letzten Quartal 2021 innerhalb von 10 Tagen wieder reaktiviert und zum 01.12.2021 erneut in Betrieb genommen. Vom 01.12.2021 bis 01.03.2022 wurden ca. 31.500 Menschen geimpft, darunter waren über 5.000 Erstimpfungen und ca. 3.000 Impfungen an 5 bis 11-jährige Kinder. Aktuell gibt es im Impfzentrum donnerstags verlängerte Öffnungszeiten. Seit 03.03.2022 wird auch mit dem neuen Impfstoff Novavax geimpft.

Aktuell werden verstärkt Impfteams in die Stadtteile geschickt, sodass derzeit viele verschiedene niedrigschwellige und mehrsprachige Angebote zur Verfügung stehen.

Fragen seitens der Ausschussmitglieder werden durch Frau Horne und Herrn Malcharczyk beantwortet.

Punkt 5 **Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Herr Hensel, Amtsleiter des Amtes für soziale Leistungen, stellt die aktuelle Flüchtlingssituation dar. Aktuell stehen 1.489 Plätze zur Verfügung, wovon 1.171 Plätze belegt sind. Dies entspricht einer Belegungsquote von 78,64 %.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Fluchtbewegungen wegen des Ukrainekrieges wurden alte Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen wieder hergerichtet. Die ehemaligen Gemeinschaftsunterkünfte im Allianzhaus (ca. 220 Plätze) und in der Wilhelm-Quetsch-Straße (ca. 70 Plätze) werden derzeit wieder aktiviert. Zu diesen knapp 300 Plätzen wurden weitere 170 Plätze in GUs belegungsfähig gemacht, sodass insgesamt ca. 470 zusätzliche Plätze zur Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine bereit stehen.

Bis zum 08.03.2022 wurden in Mainz 132 Flüchtlinge aus der Ukraine in den Hilfebezug aufgenommen. Davon wurden 60 Personen (21 Haushalte) in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, 72 Menschen bei Bekannten und Verwandten.

Die Bundesregierung hat die Absicht angekündigt, die Geflüchteten aus der Ukraine nach dem Königsteiner Schlüssel zu verteilen. Je nach der Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge, liegen die Schätzungen zwischen 1.000 und 2.500 Menschen, die in Mainz versorgt werden müssen. Für die Festlegung weiterer Maßnahmen wurde bei der Stadt Mainz ein Verwaltungsstab unter Federführung des Sozialdezernates gegründet.

Fragen seitens der Ausschussmitglieder werden von Herrn Dr. Lensch, Herrn Hensel und Herrn Scheib beantwortet.

Punkt 6 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 09.11.2021

Die Niederschrift über die Sitzung vom 09.11.2021 wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 Mitteilungen

Im Rahmen des “Mainz hilft sofort”-Paketes wurden nochmals 100.000 FFP2-Masken an verschiedene soziale Einrichtungen und weitere Stellen wie Jobcenter, Ortsverwaltungen, Tafel etc. verteilt.

Die Hebammenzentrale wurde am 11.03.2022 unter Trägerschaft von pro familia offiziell eröffnet. 17 Hebammen haben sich bereits registrieren lassen.

Die nächste Sitzung des Sozialausschusses ist terminiert auf den 04.05.2022.

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

gez.

gez.

.....
Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

.....
Annika May
Schriftführung